



Informationelle Selbstbestimmung

Big Data, Big Church

Die Gesellschaft wird durch Technokrat*innen und Digitalisierung immer mehr standardisiert. Dabei gehen Verstand und Menschlichkeit verloren. Ein Aufruf, sich nicht alles vorgaukeln zu lassen.

Text: Sabrina Schleifer, CCC Schweiz | Illu: flow

Wie kommt ein Mensch eigentlich darauf, dass Zugang zu Wasser kein Menschenrecht sei? Wohl weil der gesunde Menschenverstand fehlt. Und der fehlt wohl allen Menschen, die Pläne erstellen und verbreiten, deren Gelingen davon abhängt, dass Menschen anderen Menschen Leid und Elend zumuten müssen.

Was nicht standardisiert ist, hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Hier muss alles geordnet ablaufen und die meisten Probleme sollen mit Technologie gelöst werden. Stellen wir uns einmal vor: Jedes Mal, wenn wir von einer Strasse in eine andere einbiegen, müssten wir für die dortige Privatwirtschaft eine Umfrage über unsere Gewohnheiten ausfüllen. Würden wir das tun? Selbst wenn wir die dafür nötige Zeit hätten, wären wir in dem Moment doch im Scheinwerfer der Standardüberwachung. Was wir angeben, müsste vordefinierten Schemen entsprechen, ansonsten wären wir Sonderlinge.

Lass dich nicht überwachen!

Wenn du, liebe*r Leser*in, jetzt gerade stolz darauf bist, kein Sonderling zu sein und ohnehin denkst, Sonderlinge müssten aussortiert werden können, dann habe ich schlechte Nachrichten für dich: Du hast den gesunden Menschenverstand abgegeben und bist Teil eines unmenschlichen Standards, der anderen Leid und Elend zumutet und antut. Denn wenn Menschen kein garantiertes Recht auf eine andere Lebensführung haben, ist das nichts anderes als moderne Sklaverei.

Was bedeutet informationelle Selbstbestimmung? Sicherlich nicht, dass wir beliebige Fitness-Apps installieren können, Fotos auf Facebook liken oder unsere Youtube-History auf privat schalten. Hier geht es um mehr. Niemand hat das Recht, zu bestimmen, wie ein anderer Mensch sein Leben zu gestalten hat. Selbst bei unmündigen Menschen gibt es Grenzen und Gesetze, die unseren Umgang regeln.

Aber warum müssen wir uns bei der Nutzung von Applikationen und im Internet ständig überwachen lassen? Warum sollen wir ständig indirekt zu unserem Verhalten befragt werden? Informationelle Selbstbestimmung bedeutet, dass wir über uns und unsere Datenspur selbst bestimmen dürfen. Ich bestimme, wer meinen Kalender sehen darf. Ich bestimme, wer mein Tagebuch lesen kann. Und es ist meine Sache, wohin und mit wem ich reise. Niemand darf das werten und bewerten. Dieses Recht gehört insbesondere in Zeiten von Big Data in unsere Verfassung. Nur so bleiben wir weiter frei.

Open Source, Open Mind

Als Informatikerin arbeite ich mit Linux – ein quelloffenes Betriebssystem. Das bringt Transparenz und bedeutet,

dass grundsätzlich alle die verschiedenen Funktionen und Programme nachvollziehen und überprüfen können. Macht das Ding da wirklich, was es vorgibt zu tun? Dabei ist es egal, ob ich Applikationen programmiere, Infrastruktur unterhalte oder sonst ein Programm benutze.

Was wäre, wenn wir unsere öffentliche Informations- und Kommunikationstechnologie auf diesem Prinzip aufbauen würden? Was wäre, wenn wir Projektleiter*innen, Entwickler*innen oder Systemtechniker*innen dafür bezahlen würden, quelloffene Systeme zu programmieren, die sich auf ihre Funktionalität und Sicherheit hin überprüfen lassen? Dann verlören wir nicht nur kein Geld an profitgierige Firmen mit ominösen oder gescheiterten Projekten, wir könnten auch darüber sprechen, was wir von unserer Infrastruktur erwarten und was wir nicht wollen.

So könnten wir mit gesundem Menschenverstand Fortschritte in der Digitalisierung und Vernetzung erzielen – und dabei nicht auf Menschlichkeit verzichten. Denn Menschlichkeit ist immer sinnvoll und in Zeiten der Digitalisierung unter Dauerbeschuss. Und ein solches Vorgehen wäre einer direkten Demokratie würdig. Hier könnte mitgestalten, wer sich interessiert. So würde direkte Demokratie – im konstruktiven Sinn – funktionieren.

Denn abstimmen alleine reicht nicht. Auch dann nicht, wenn wir uns alle als Expert*innen auf allen Gebieten wahrnehmen – mit gültiger Mithilfe des Internets. Politischer Sachverstand entsteht nur durch den direkten Dialog und der Beteiligung an Projekten. So wären die Antworten auf verschiedene Fragen bereits ausgereift, wenn abgestimmt wird. Sie kämen aus der Bevölkerung und wären für die Bevölkerung bestimmt.

Wir haben es in der Hand

Wenn wir uns also als freie Gesellschaft weiter entwickeln wollen – einer freien Zukunft entgegen – dann müssen wir erkennen, dass Technokratie und neoliberale Marktlage nichts mit Menschlichkeit zu tun haben. Denn diese technokratischen und neoliberalen Konzepte und Standards sehen es nicht vor, dass wir selbstbestimmt und frei durchs Leben gehen können.

Täglich nutzen und durchforsten wir das Internet. Dabei wissen die meisten nicht, worauf die dafür genutzten Technologien eigentlich aufbauen und welche Konsequenzen deren Nutzung für uns als demokratische Gesellschaft hat. Denn es ist in den momentan vorherrschenden Systemen auch nicht vorgesehen, dass wir uns darüber Gedanken machen. Wir sehen vor lauter Pixeln das Bild längst nicht mehr. Aber nur wenn wir selber entscheiden können, was wir Preis geben wollen, behalten wir die Kontrolle über unser Leben. Das ist unerlässlich. Ein weiterer Grund, weshalb

die informationelle Selbstbestimmung dringend in die Verfassung gehört.

Wenn wir nichts unternehmen, werden die technokratischen Algorithmen und Applikationen in der Zukunft das Fundament unseres Alltags. Deren Datenblasen werden zu unseren Linsen, durch die wir die Welt vorgefertigt wahrnehmen. Darum müssen wir jetzt damit anfangen, Technologien zu nutzen und zu entwickeln, die unsere Menschlichkeit schützen und den gesunden Menschenverstand in der Gesellschaft unterstützen. Andernfalls ist die Digitalisierung keine Chance und wir steuern einem finsternen Zeitalter entgegen.

Die Geschichten unter die Lupe nehmen

Im Welthandel hat es auch bestens funktioniert. Man hat problemlos unsere Kaufkraft benutzt, um andere Menschen auszubeuten und Profit zu schlagen, weil wir nicht genau wussten, was eigentlich passiert. Und trägt unsere zivile Welt nicht bis heute die Konsequenzen? Schuld sind natürlich immer wir selbst, die Bürger*innen und Konsument*innen. Dabei ging von uns allein meist kein Auftrag und kein Bedürfnis aus, andere Menschen auszubeuten und sie in der Masse zu überwachen. Wer erzählt uns solche Geschichten und wer glaubt sie?

Oft wird von einer Schere zwischen Arm und Reich gesprochen. Es wird berichtet, dass sich ein Graben zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten auftut und sich die bürgerliche Mittelschicht auflöst. Unter gegenwärtigen Umständen könnte dieser Graben auch in der Schweiz so tief sein, dass wir ihn nicht mehr überwinden können.

Doch solche Entwicklungen sind kein Naturgesetz. Ein Beispiel: Manche möchten die Sozialhilfe weiter abbauen, um bereits armen Menschen noch mehr zu nehmen. Ansonsten seien die tiefen Löhne in der Privatwirtschaft nicht mehr reizvoll genug. So ein Narrativ lässt sich durch die Technokrat*innen einfach weben. Es müssen nur ein paar Datenlinien gestreut werden und fertig. So bestimmt die technokratische Datenbase, was gut für unsere Gesellschaft ist.

Was erwarten wir vom System? Dass die Polizei und der Staat – vielleicht sogar Politiker*innen – keine Facebook-Seiten unterhalten, weil sie Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung ernst nehmen? Dass wir mit Linux nachhaltige öffentliche Informations- und Kommunikationsstrukturen bauen? Damit wir gewappnet sind für die auf uns zukommende Datenverarbeitung? Dass wir mit Konzepten arbeiten, die den gesunden Menschenverstand unterstützen und die Menschlichkeit beschützen?

Von Technokrat*innen erwarte ich das nicht. Von einem demokratischen Land aber schon. ■